

# Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2015

## Die wichtigsten Ergebnisse für 2015

Die Armutsgefährdungsquote Niedersachsens stieg im Jahr 2015 auf 15,9 % an. Damit lag sie um 0,6 Prozentpunkte höher als im Vorjahr und sogar 1,4 Prozentpunkte höher als 2010. Im langfristigen Zeitvergleich ab dem Jahr 2005 erweist sich diese Quote von 15,9 % als höchster jemals gemessener Wert. Des Weiteren wird erkennbar, dass das Jahr 2010 einen Wendepunkt darstellt. Bis dahin ging die Armutsgefährdung in Niedersachsen wie auch deutschlandweit zurück. Seitdem aber nahm die Gefährdungsquote mit Ausnahme von 2014 jährlich zu.

Die Quote lag in Niedersachsen 2015 um 0,2 Prozentpunkte höher als im Bundesdurchschnitt von 15,7 %. Fast ein Sechstel der Bevölkerung bzw. 1 233 000 Menschen waren damit im Lande von Armut bedroht. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2015 in Niedersachsen für einen Einpersonenhaushalt bei 930 Euro; bundesweit lag der Schwellenwert bei 942 Euro.

Die Armutsgefährdungsquoten werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder nach einheitlichen Methoden<sup>1)</sup> und Verfahren auf Basis des Mikrozensus gemeinsam ermittelt und publiziert. Sie basieren auf dem lebenslagenorientierten Konzept der relativen Einkommensarmut. Als armutsgefährdet gelten Personen mit einem monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens, gemessen am Median. Die Berechnungen werden sowohl auf Basis des nationalen wie auch des jeweiligen regionalen Medians

durchgeführt. Die Berechnungen werden vom Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) durchgeführt. Sie gehen zurück bis auf das Berichtsjahr 2005.

Die Ausführungen dieses Artikels beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf Armutsgefährdungs- und auch Reichtumsquoten, die auf Basis des regionalen Medians ermittelt wurden.

## Niedersachsen im Zeit- und Ländervergleich

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf die Ergebnisse des Jahres 2015 im langfristigen Vergleich zum Jahr 2005 und im mittelfristigen Vergleich zum Jahr 2010<sup>2)</sup>. Der Vorjahresvergleich zu 2014 ist von eher eingeschränkter Aussagekraft: Bei der Interpretation der Ergebnisse für das Berichtsjahr 2014 ist zu berücksichtigen, dass im Rahmen des Mikrozensus in diesem Jahr die Mieten und daher auch der Komplex der Mietzuschüsse erheblich differenzierter als 2013 und 2015 erfragt wurden. Durch dieses genauere Nachfragen wurden die Einkommen gerade auch bei einkommensschwächeren Haushalten vollständiger erfasst: Mietzuschüsse u. ä. gehören zwar definitionsgemäß zum Einkommen, werden aber leicht von den Befragten vergessen, wenn sie nicht explizit darauf angesprochen werden. Dadurch fiel der seinerzeit beobachtete Rückgang der Armutsgefährdungsquote wahrscheinlich deutlicher aus, als es ohne diesen statistischen Effekt der Fall gewesen wäre.

1) Nähere Erläuterungen und Definitionen in Eichhorn, Lothar, Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2013, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 12/2014, S. 642ff sowie im Internet unter [www.amtliche-sozialberichterstattung.de](http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de). Unter dieser Adresse sind auch alle Daten der Berichterstattung publiziert.

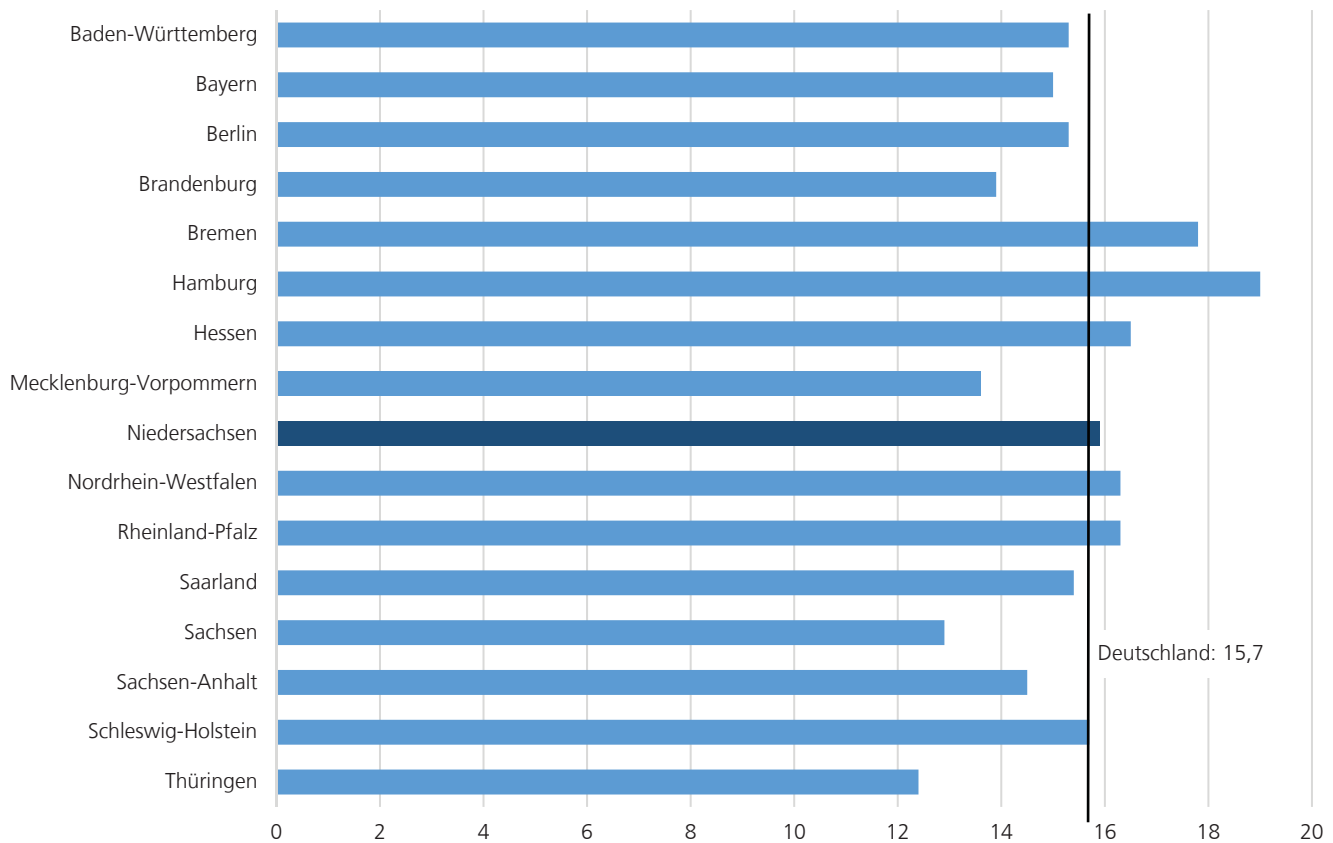
2) Bei tiefer regionalisierten Berechnungen auf Ebene von Statistischen Regionen, Anpassungsschichten und Großstädten wurde statt des Jahres 2010 ein langjähriger Durchschnitt als Referenzwert gewählt. Beim Vergleich der absoluten Zahlen armutsgefährdeter Personen musste aus Gründen der Datenverfügbarkeit 2011 als Vergleichsjahr gewählt werden.

T1 | Armutsgefährdungsquoten<sup>1)</sup> 2005 bis 2015 nach Ländern (Regionalkonzept)

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung		
												2015 / 2005	2015 / 2010	2015 / 2014
												Prozentpunkte		
	%													
Baden-Württemberg	13,8	13,2	13,0	13,3	14,1	14,0	14,5	14,6	14,8	15,0	15,3	+1,5	+1,3	+0,3
Bayern	14,0	13,5	13,6	13,6	13,7	13,8	14,2	14,1	14,6	14,8	15,0	+1,0	+1,2	+0,2
Berlin	16,1	13,3	13,9	14,3	14,1	14,2	15,5	15,2	15,0	14,1	15,3	-0,8	+1,1	+1,2
Brandenburg	14,3	14,3	13,7	13,8	13,8	13,6	13,8	14,4	14,3	13,4	13,9	-0,4	+0,3	+0,5
Bremen	17,3	14,1	15,2	18,2	15,9	17,3	17,0	18,3	18,9	17,3	17,8	+0,5	+0,5	+0,5
Hamburg	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4	18,0	17,7	17,9	18,0	19,0	+1,6	+1,6	+1,0
Hessen	15,3	14,5	14,9	15,0	14,8	14,6	15,1	15,9	15,9	15,9	16,5	+1,2	+1,9	+0,6
Mecklenburg-Vorpommern	14,6	13,1	13,6	14,4	14,7	13,4	13,7	13,2	13,5	12,0	13,6	-1,0	+0,2	+1,6
<b>Niedersachsen</b>	<b>15,1</b>	<b>14,3</b>	<b>14,7</b>	<b>14,7</b>	<b>14,6</b>	<b>14,5</b>	<b>15,0</b>	<b>15,2</b>	<b>15,8</b>	<b>15,3</b>	<b>15,9</b>	<b>+0,8</b>	<b>+1,4</b>	<b>+0,6</b>
Nordrhein-Westfalen	14,6	14,0	14,5	14,6	14,9	14,7	15,6	15,4	16,0	16,2	16,3	+1,7	+1,6	+0,1
Rheinland-Pfalz	15,3	14,5	14,7	15,4	15,2	15,7	16,0	15,8	16,7	16,7	16,3	+1,0	+0,6	-0,4
Saarland	13,6	13,9	14,0	14,3	14,0	13,4	14,5	14,6	15,9	16,1	15,4	+1,8	+2,0	-0,7
Sachsen	13,7	13,3	13,6	13,4	13,6	13,0	12,4	11,9	11,9	11,6	12,9	-0,8	-0,1	+1,3
Sachsen-Anhalt	14,9	14,1	13,9	15,0	15,2	13,5	14,2	14,0	14,1	14,1	14,5	-0,4	+1,0	+0,4
Schleswig-Holstein	14,5	14,1	13,9	14,9	15,8	15,2	15,2	15,4	15,6	15,4	15,7	+1,2	+0,5	+0,3
Thüringen	13,2	12,7	12,9	13,3	13,0	12,5	11,0	10,8	11,7	11,6	12,4	-0,8	-0,1	+0,8
<b>Deutschland</b>	<b>14,7</b>	<b>14,0</b>	<b>14,3</b>	<b>14,4</b>	<b>14,6</b>	<b>14,5</b>	<b>15,0</b>	<b>15,0</b>	<b>15,5</b>	<b>15,4</b>	<b>15,7</b>	<b>+1,0</b>	<b>+1,2</b>	<b>+0,3</b>

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet. – Berechnung: IT.NRW.

## A1 | Armutsgefährdungsquoten 2015 nach Ländern (Regionalkonzept) – Prozent –



Niedersachsens Armutsgefährdungsquote von 15,9 % lag 2015 leicht über dem Bundesdurchschnitt von 15,7 % (vgl. Tabelle T1 und Abbildung A1). Die Quoten fielen 2015 in allen ostdeutschen Ländern einschließlich Berlins vergleichsweise niedrig aus. Der Grund liegt darin, dass die Einkommensdisparitäten im Osten nach wie vor geringer als im Westen sind. Die niedrigste Quote hatte Thüringen mit 12,4 %. Umgekehrt wiesen die an Niedersachsen angrenzenden Stadtstaaten Hamburg mit 19,0 % und Bremen mit 17,8 % die im Ländervergleich höchsten Quoten auf, wie auch Berlin mit seiner Quote von 22,4 % den höchsten Wert der sechs ostdeutschen Länder hat. Stadtstaaten haben in aller Regel eine höhere Armutsgefährdungsquote als Flächenländer. Im Ländervergleich hohe Werte traten auch in Hessen (16,5 %), Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz (jeweils 16,3 %) auf.

Auf Basis des bundesdeutschen Schwellenwerts (vgl. Tabelle T2) für die Armutsgefährdung gab es im Jahr 2015 die höchsten Quoten in den Stadtstaaten Bremen (24,8 %) und Berlin (22,4 %), die niedrigsten in Bayern (11,6 %) und Baden-Württemberg (11,8 %). Für Niedersachsen ergab sich bei dieser Betrachtungsweise eine Quote von 16,5 %, 1,2 Prozentpunkte mehr als 2010, als diese Quote noch bei 15,3 % lag, und 0,8 Prozentpunkte höher als der Bundesdurchschnitt.

In der zeitlichen Entwicklung (vgl. auch Abbildung A2) ist auffällig, dass das Jahr 2010 einen Wendepunkt darstellt. Von 2005 bis 2010 stiegen die Armutsgefährdungsquoten nicht, und auch die Reichtumsquoten (vgl. Tabelle T7) blie-

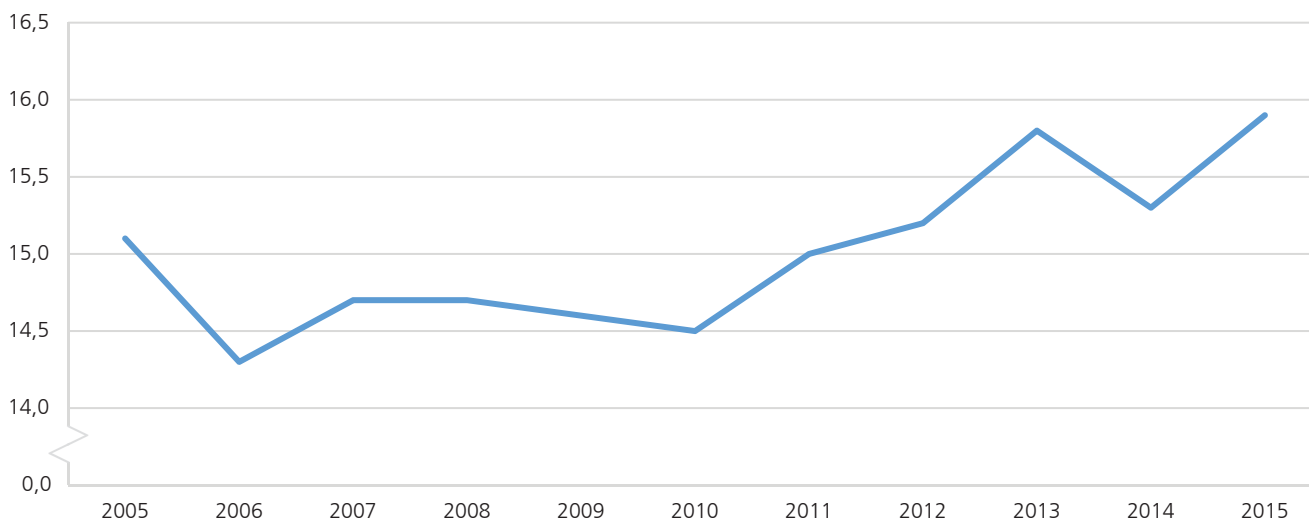
ben stabil. Die „soziale Schere“ zwischen Reich und Arm ging also nicht weiter auf, im Gegenteil: Niedersachsens Armutsgefährdungsquote 2010 lag mit 14,5 % klar unter der Quote von 15,1 % im Jahr 2005. Seitdem aber steigen die Quoten wieder an, und zwar nicht nur in Niedersachsen, sondern mit Ausnahme von Thüringen und Sachsen bundesweit.

## T2 | Armutsgefährdungsquoten 2014 und 2015 nach Ländern – National- und Regionalkonzept

Land	Nationalkonzept		Regionalkonzept	
	2014	2015	2014	2015
%				
Baden-Württemberg	11,4	11,8	15,0	15,3
Bayern	11,5	11,6	14,8	15,0
Berlin	20,0	22,4	14,1	15,3
Brandenburg	16,9	16,8	13,4	13,9
Bremen	24,1	24,8	17,3	17,8
Hamburg	15,6	15,7	18,0	19,0
Hessen	13,8	14,4	15,9	16,5
Mecklenburg-Vorpommern	21,3	21,7	12,0	13,6
<b>Niedersachsen</b>	<b>15,8</b>	<b>16,5</b>	<b>15,3</b>	<b>15,9</b>
Nordrhein-Westfalen	17,5	17,5	16,2	16,3
Rheinland-Pfalz	15,5	15,2	16,7	16,3
Saarland	17,5	17,2	16,1	15,4
Sachsen	18,5	18,6	11,6	12,9
Sachsen-Anhalt	21,3	20,1	14,1	14,5
Schleswig-Holstein	13,8	14,6	15,4	15,7
Thüringen	17,8	18,9	11,6	12,4
<b>Deutschland</b>	<b>15,4</b>	<b>15,7</b>	<b>15,4</b>	<b>15,7</b>

Berechnung: IT.NRW.

## A2 | Armutsgefährdungsquote in Niedersachsen 2005 bis 2015 (Regionalkonzept) – Prozent –



### Schwellenwert der Armutsgefährdung für Einpersonenhaushalte bei 930 Euro

Die Tabelle T3 gibt Aufschluss über Höhe und Entwicklung der Armutsgefährdungsschwellen für einen Einpersonenhaushalt, differenziert nach Ländern. Die regionalen Schwellenwerte lagen 2015 zwischen Minimalwerten von 799 Euro in Mecklenburg-Vorpommern bzw. 829 Euro im Land Bremen und Maximalwerten von 1 033 Euro in Baden-Württemberg und 1 025 Euro in Bayern. Diese Zahlen zeigen ein Südwest-Nordost-Gefälle der Einkommen. Niedersachsens Wert von 930 Euro war niedriger als der Bundesdurchschnitt von 942 Euro: Einkommen und Verdienste lagen in Niedersachsen leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Sechs seiner Nachbarländer, nämlich Nordrhein-Westfalen, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen, wiesen noch geringere Durchschnittseinkommen und damit niedrigere Schwellenwerte auf als Niedersachsen. Nur die drei anderen Nachbarn – Hessen, Hamburg und Schleswig-Holstein – verzeichneten höhere Einkommen und Armutsgefährdungsschwellen.

lenwerte auf als Niedersachsen. Nur die drei anderen Nachbarn – Hessen, Hamburg und Schleswig-Holstein – verzeichneten höhere Einkommen und Armutsgefährdungsschwellen.

### Gesamtschau der Daten nach National- und Regional-konzept sowie Mindestsicherung

Welche der beiden Quoten ist „die richtige“? Beide sind richtig, und es kommt auf den Blickwinkel an, für welche Fragestellung welche Quote besser geeignet ist. Für die Untersuchung der Entwicklung der Armutsgefährdung liefern beide Quoten bzw. Betrachtungsweisen sinnvolle Aussagen. Die auf dem nationalen Median basierende Quote („Nationalkonzept“) rückt stärker die horizontalen Disparitäten des nominalen Einkommens *zwischen den Regionen* in den Vordergrund. Diese horizontalen Unterschiede sind,

T3 | Armutsgefährdungsschwellen<sup>1)</sup> für Einpersonenhaushalte 2005 bis 2015 nach Ländern

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung	
												2015 / 2010	2015 / 2014
												%	
	€												
	%												
Baden-Württemberg	800	811	831	856	871	895	925	952	979	1 009	1 033	+15,4	+2,4
Bayern	787	796	817	846	859	892	916	943	973	998	1 025	+14,9	+2,7
Berlin	692	704	721	731	742	766	785	803	814	841	851	+11,1	+1,2
Brandenburg	661	677	701	734	749	777	793	803	826	848	882	+13,5	+4,0
Bremen	662	668	711	726	746	775	781	806	797	822	829	+7,0	+0,9
Hamburg	762	787	812	845	871	903	913	928	934	964	1 010	+11,8	+4,8
Hessen	781	786	815	828	845	872	895	919	941	961	988	+13,3	+2,8
Mecklenburg-Vorpommern	615	626	633	654	677	696	718	724	735	769	799	+14,8	+3,9
<b>Niedersachsen</b>	<b>730</b>	<b>731</b>	<b>752</b>	<b>768</b>	<b>790</b>	<b>812</b>	<b>841</b>	<b>861</b>	<b>887</b>	<b>907</b>	<b>930</b>	<b>+14,5</b>	<b>+2,5</b>
Nordrhein-Westfalen	739	748	763	785	796	815	835	855	873	895	918	+12,6	+2,6
Rheinland-Pfalz	755	771	786	803	819	843	869	894	920	942	967	+14,7	+2,7
Saarland	701	707	720	762	765	809	836	856	869	890	908	+12,2	+2,0
Sachsen	653	668	677	698	706	726	736	755	775	803	834	+14,9	+3,9
Sachsen-Anhalt	630	640	655	677	694	725	741	753	773	800	832	+14,8	+4,0
Schleswig-Holstein	757	783	790	819	837	851	882	905	927	952	965	+13,4	+1,4
Thüringen	640	654	673	699	713	736	759	770	791	815	833	+13,2	+2,2
<b>Deutschland</b>	<b>736</b>	<b>746</b>	<b>764</b>	<b>787</b>	<b>801</b>	<b>826</b>	<b>849</b>	<b>870</b>	<b>892</b>	<b>917</b>	<b>942</b>	<b>+14,0</b>	<b>+2,7</b>

1) 60 % des Medians der auf der Basis der neuen OECD-Skala berechneten monatlichen Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. – Berechnung: IT.NRW.

wie man an den unterschiedlichen Schwellenwerten der Armutsgefährdung erkennen kann, erheblich und sie sind persistent: Der Tabelle T3 ist z. B. zu entnehmen, dass im Ausgangsjahr 2005 der bundesweite Schwellenwert der Armutsgefährdung 6 Euro über dem niedersächsischen lag. Seitdem nahm er nicht ab, im Gegenteil: 2015 betrug der Abstand schon 12 Euro. Nach dem Nationalkonzept berechnete Armutsgefährdungsquoten haben auch den Vorteil, dass sie zumindest auf den ersten Blick leichter vergleichbar sind.

Die auf dem regionalen Median basierende Betrachtungsweise („Regionalkonzept“) konzentriert den Blick stärker auf die vertikalen Disparitäten zwischen „Reichen“ und „Armen“ *innerhalb einer Region*. Diese Betrachtungsweise hat unter anderem den Vorteil, dass sie durch regional unterschiedliche Preisniveaus vor allem der Mieten nicht verzerrt wird. Regional unterschiedliche Preisniveaus wirken sich auf nach dem Regionalkonzept ermittelte Daten nicht aus, während die nach dem Nationalkonzept ermittelten Quoten auf zweierlei Art verzerrt werden: Zum einen ist der Euro nicht überall gleich viel wert – das unterschiedliche Preisniveau glättet die regionalen Verdienstunterschiede. Zum zweiten wirkt insbesondere das unterschiedliche Mietniveau sich auf die Einkommen gerade der ärmeren Bevölkerungsschichten in Gestalt von Mietzuschüssen und Wohngeld positiv aus. Das gilt vor allem für prosperierende Großstädte (siehe unten). Da es von diesen Verzerrungen freier ist und da es den Blick stärker auf die internen Disparitäten als auf horizontale Verdienstunterschiede lenkt, wird hier im Zweifel das Regionalkonzept bevorzugt.

Für eine umfassende Darstellung sollten aber auf jeden Fall beide Quoten herangezogen werden, denn sie messen unterschiedliche Sachverhalte und ergänzen sich in ihren Aussagen. Eine solche Gesamtschau wird im Folgenden für die Länder versucht, und zwar unter Heranziehung von Mindestsicherungsquoten. Die Tabelle T4 enthält die Informa-

tion, wie viel Prozent der Bevölkerung auf den Bezug von Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen sind.

#### Mindestsicherung und Mindestsicherungsquoten

Neben den Daten über die relative Einkommensarmut berechnen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auch stichtagsbezogene Daten über die Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung (SGB II-Leistungen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Sozialhilfe). Auch diese können unter [www.amtliche-sozialberichterstattung.de](http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de) sowie auf Kreisebene aus der Regionaldatenbank Deutschland (<https://www.regionalstatistik.de/genesis/online>) abgerufen werden. Für Niedersachsen werden die Daten auch auf Ebene der Einheits- und Samtgemeinden berechnet und in LSN-Online (<http://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/default.asp>) publiziert. Diese Daten geben ein gutes Gesamtbild über die „bekämpfte Armut“, denn sie enthalten keine Doppelzählungen. Sie mussten allerdings aufgrund von Datenrevisionen der Bundesagentur für Arbeit jüngst revidiert werden. Daten für 2015 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

2014 bezogen bundesweit 9,1 % der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen. Diese Quote lag deutlich unter der des Jahres 2006 von 9,8 %. Bis 2011/2012 sank sie auf 8,7 %, um seitdem wieder anzusteigen. In Niedersachsen verlief die Entwicklung ähnlich. Im Jahr 2014 betrug die Landesquote 9,0 % und war damit leicht niedriger als der Bundeswert. Die höchsten Werte wiesen die Stadtstaaten Berlin (19,0 %) und Bremen (17,2 %) auf, die niedrigsten gab es in Bayern (4,6 %) und Baden-Württemberg (5,2 %). Unter den Flächenländern wiesen Sachsen-Anhalt (13,3 %) und Mecklenburg-Vorpommern (13,0 %) die höchsten Quoten auf.

**T4 | Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen an der Bevölkerung 2006 bis 2014**

Land	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung		
										2014 / 2006	2014 / 2010	2014 / 2013
										Prozentpunkte		
	%									Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	5,5	5,2	4,9	5,2	5,0	4,8	4,8	5,0	5,2	-0,3	+0,2	+0,2
Bayern	5,1	4,8	4,5	4,7	4,3	4,2	4,2	4,3	4,6	-0,5	+0,3	+0,3
Berlin	19,8	19,7	19,1	19,3	18,9	19,6	19,2	19,2	19,0	-0,8	+0,1	-0,2
Brandenburg	14,2	13,7	12,8	12,4	11,5	11,3	11,1	11,1	10,8	-3,4	-0,7	-0,3
Bremen	17,2	16,7	16,1	16,5	16,4	16,4	16,4	16,8	17,2	+0,0	+0,8	+0,4
Hamburg	13,6	13,3	12,9	13,1	12,8	13,0	12,9	13,0	13,2	-0,4	+0,4	+0,2
Hessen	8,7	8,5	8,3	8,5	8,1	8,0	8,1	8,4	8,7	+0,0	+0,6	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern	17,4	16,5	15,1	14,3	13,3	13,1	13,1	13,2	13,0	-4,4	-0,3	-0,2
<b>Niedersachsen</b>	<b>9,9</b>	<b>9,7</b>	<b>9,3</b>	<b>9,2</b>	<b>8,8</b>	<b>8,6</b>	<b>8,6</b>	<b>8,8</b>	<b>9,0</b>	<b>-0,9</b>	<b>+0,2</b>	<b>+0,2</b>
Nordrhein-Westfalen	10,6	10,5	10,0	10,4	10,2	10,2	10,4	10,8	11,1	+0,5	+0,9	+0,3
Rheinland-Pfalz	7,2	7,0	6,7	6,9	6,5	6,3	6,4	6,6	6,9	-0,3	+0,4	+0,3
Saarland	9,4	9,3	8,8	9,0	8,7	8,6	8,8	9,2	9,5	+0,1	+0,8	+0,3
Sachsen	13,8	13,3	12,4	12,2	11,2	10,8	10,6	10,5	10,2	-3,6	-1,0	-0,3
Sachsen-Anhalt	16,3	16,0	15,0	14,6	13,6	13,4	13,4	13,4	13,3	-3,0	-0,3	-0,1
Schleswig-Holstein	10,1	9,8	9,4	9,3	8,9	9,0	9,1	9,3	9,5	-0,6	+0,6	+0,2
Thüringen	12,3	11,8	10,7	10,5	9,5	9,2	9,1	9,0	8,9	-3,4	-0,6	-0,1
<b>Deutschland</b>	<b>9,8</b>	<b>9,5</b>	<b>9,1</b>	<b>9,2</b>	<b>8,8</b>	<b>8,7</b>	<b>8,7</b>	<b>8,9</b>	<b>9,1</b>	<b>-0,7</b>	<b>+0,3</b>	<b>+0,2</b>

Wie passen diese Ergebnisse zusammen? Zunächst lässt sich feststellen, dass die Mindestsicherungsquoten der 16 Länder hoch mit den Armutsgefährdungsquoten nach dem Nationalkonzept korrelieren (Pearson's  $r = +0,82$ ), während sie mit den Quoten nach dem Regionalkonzept überhaupt nicht korrelieren (Pearson's  $r = +0,03$ ). Auch untereinander gibt es keinen messbaren Zusammenhang für die nach den beiden Verfahren ermittelten Armutsgefährdungsquoten: Pearson's  $r$  ergibt für 2014 einen Wert von  $-0,19$  und für 2015 von  $-0,10$ .

Hilfreich ist eine Aufteilung nach vier Ländergruppen, die auf Basis der Armutsgefährdungsquoten nach regionaler oder nationaler Einkommensschwelle gebildet wurden.

Gruppe 1 (2 Länder): Die Südländer Bayern und Baden-Württemberg weisen unterdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten nach beiden Berechnungsarten auf. Die Mindestsicherungsquote ist ebenfalls gering.

Gruppe 2 (3 Länder): Die Südwest-Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie Schleswig-Holstein weisen nach dem Nationalkonzept unterdurchschnittliche, nach dem Regionalkonzept überdurchschnittliche Gefährdungsquoten auf. Die beiden südwestlichen Länder weisen unterdurchschnittliche Mindestsicherungsquoten auf, Schleswig-Holstein ist hier überdurchschnittlich.

Gruppe 3 (7 Länder): Alle ostdeutschen Länder sowie das Saarland weisen nach dem Nationalkonzept überdurchschnittliche, nach dem Regionalkonzept unterdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten auf. Bis auf Thüringen gab es 2014 in allen diesen Ländern überdurchschnittliche Mindestsicherungsquoten. Auch Thüringen hatte erstmals 2014 eine unterdurchschnittliche Mindestsicherungsquote, in allen Jahren zuvor war sie höher als im Bundesdurchschnitt.

Gruppe 4 (4 Länder): Im Norden und Nordwesten Deutschlands weisen die Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und Hamburg überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten nach beiden Berechnungsarten auf. Außer Niedersachsen haben alle Länder dieser Gruppe überdurchschnittliche Mindestsicherungsquoten.

An dieser Stelle muss an einen wesentlichen Unterschied zwischen den Daten über die relative Armutsgefährdung einerseits und den Mindestsicherungsquoten andererseits erinnert werden: Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung sind *vor Erhalt* dieser Leistungen arm. Nach dem Bezug der Leistung, der ihre soziale Teilhabe sichern soll, sollten sie eigentlich nicht mehr arm sein. Die Armutsgefährdungsquoten werden berechnet auf Basis aller Einkünfte, also *nach Erhalt* der Mindestsicherungsleistungen.

So erklärt sich die nur scheinbare Disharmonie der Daten: Es gibt eine große Gruppe von Ländern (Ostdeutschland und Saarland), in denen der dort relativ häufige Bezug von Mindestsicherungsleistungen dazu verhilft, dass die Menschen zumindest nach dem dortigen Einkommensniveau

nicht mehr unter die Armutsschwelle fallen. Diese Ländergruppe zeichnet sich unter anderem auch dadurch aus, dass ihre Einkommensstrukturen homogener sind als in den meisten westlichen Flächenländern und in den Stadtstaaten.<sup>3)</sup> Auch Thüringen gehört strukturell in diese Gruppe, wenngleich die Mindestsicherungsquote dort 2014 erstmals leicht unter dem Bundesdurchschnitt lag.

In den prosperierenden Südländern Bayern und Baden-Württemberg haben die Menschen im Durchschnitt relativ hohe Einkommen. Dort sind – zumindest auf Landesebene, in den Hauptstädten München und Stuttgart sieht die Situation anders aus – Armutsgefährdung und Bezug von Mindestsicherungsleistungen im Ländervergleich gering.

Auch in Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein gibt es überdurchschnittlich hohe Einkommen (siehe auch Tabelle T3). Die Länder sind aber sozial disparater als die meisten anderen, so dass die dortigen Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Regionalmedians deutlich höher sind als die auf Basis des Bundesmedians. In den beiden südwestlichen Ländern ist auch der Bezug von Mindestsicherungsleistungen vergleichsweise relativ gering.

In den beiden norddeutschen Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen gibt es aus verschiedenen Gründen im Ländervergleich besonders große verfestigte Gruppen armutsgefährdeter Personen, denen auch der dort recht häufige Empfang von Mindestsicherungsleistungen nicht über die Armutsgefährdungsschwelle hilft. Diese drei Länder sind sehr stark städtisch geprägt, und das bedeutet dichotome Einkommensstrukturen: Sowohl die Armutsgefährdungs- als auch die Reichtumsquote sind überdurchschnittlich. Der Gini-Koeffizient liegt so auch in allen drei Ländern höher als im Bundesdurchschnitt.<sup>4)</sup>

In Niedersachsen schließlich sorgen die unterdurchschnittlichen Einkommen im Lande, die ihrerseits vor allem auf vergleichsweise geringe Löhne und Gehälter<sup>5)</sup> zurückgehen, dafür, dass die Armutsgefährdung auf Basis des nationalen Schwellenwertes klar überdurchschnittlich ist. Niedersachsens Einkommensstruktur ist, ähnlich wie in den ostdeutschen Ländern, vergleichsweise homogen mit einer niedrigen Reichtumsquote und einem leicht unterdurchschnittlichen Gini-Koeffizienten. Die Mindestsicherungsquote ist hierzulande leicht unterdurchschnittlich. Es bekommen also relativ weniger Menschen entsprechende Transferleistungen als z. B. in Ostdeutschland, im Saarland, in den Stadtstaaten und in Nordrhein-Westfalen. Zugleich sind die Nettohaushaltseinkommen in Niedersachsen zwar im Bundesvergleich unterdurchschnittlich, sie sind aber immer noch höher als in den Ländern der Gruppe 3 (Ostdeutschland und Saarland). Entsprechend höher liegt die regionale Armutsgefährdungsschwelle. Die Transferzahlungen können damit in Niedersachsen weniger Menschen

3) Der Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung 2015 liegt in allen genannten Ländern unter dem Bundesdurchschnitt, vgl. die Nachweisung unter <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A3gini-koeffizient.html>. Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen, wobei 0 eine totale Gleichverteilung und 1 eine totale Ungleichverteilung bedeutet.

4) Vgl. Fußnote 3.

5) Vgl. z. B. Landesamt für Statistik Niedersachsen, Niedersachsen-Monitor 2016, Hannover 2016, Tab. 29.

über diese Schwelle helfen als in Ostdeutschland und dem Saarland. So kommt es, dass die nach dem Regionalprinzip berechnete Armutsgefährdungsquote mit ihrem niedrigeren Schwellenwert immer noch leicht überdurchschnittlich ist.

## Armutsgefährdung nach Lebenslagen und sozialen Gruppen

In absoluten Zahlen waren im Jahr 2015 in Niedersachsen 1 233 000 Menschen von Armut gefährdet. Diese große Bevölkerungsgruppe ist nicht homogen, sondern untergliedert sich in verschiedene soziale Gruppen und Lebenslagen. Die Tabelle T5 nimmt diese Untergliederung vor.

Ein wichtiges Ergebnis der langjährigen Berichterstattung über Armut und Reichtum ist es, dass Jahr für Jahr immer wieder dieselben sozialen Gruppen identifiziert werden, die überverhältnismäßig stark von Armut betroffen sind. Trotz überwiegend guter Wirtschaftskonjunktur und stabiler Arbeitsmärkte in den letzten Jahren ist es bis auf wenige Ausnahmen nicht gelungen, die sozialen Disparitäten nennenswert und nachhaltig abzubauen. Von daher mag kundigen Leserinnen und Lesern die nachfolgende Auflistung überdurchschnittlich stark betroffener Gruppen bekannt vorkommen – es ist in der Tat im Prinzip fast dieselbe Liste wie für das Berichtsjahr 2005, allerdings ergänzt um die Veränderungen, die seit 2010 eintraten:

- *Kinder und Jugendliche* unter 18: 20,8 %, 1,4 Prozentpunkte mehr als 2010
- *Junge Frauen* im Alter von 18 bis unter 25: 26,0 %, 0,3 Prozentpunkte mehr als 2010
- *Ältere Frauen* über 65: 17,5 %, 3,8 Prozentpunkte mehr als 2010
- *Alleinerziehende* und ihre Kinder: 46,6 %, 6,7 Prozentpunkte mehr als 2010
- *Kinderreiche Familien* mit 3 und mehr Kindern: 26,1 %, 0,6 Prozentpunkte weniger als 2010
- *Einpersonenhaushalte*: 25,8 %, 3,1 Prozentpunkte mehr als 2010
- *Erwerbslose*: 58,5 %, 6,2 Prozentpunkte mehr als 2010
- *Sonstige Nichterwerbspersonen*: 39,5 %, 7,4 Prozentpunkte mehr als 2010
- *Haushalte von Geringqualifizierten*: 41,6 %, 5,9 Prozentpunkte mehr als 2010
- *Menschen mit Migrationshintergrund*: 30,2 %, 1,1 Prozentpunkte mehr als 2010
- *Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft*: 40,5 %, 3,8 Prozentpunkte mehr als 2010.

## Im Zeitvergleich auffällige Entwicklungen bei älteren Frauen und bei Zugewanderten

Die Gefährdungsquote von 17,5 % bei den Frauen über 65 Jahre übertraf die allgemeine Quote von 15,9 % deutlich. 2005 war es noch genau umgekehrt: Seinerzeit betrug die Quote der älteren Frauen 13,8 %, und die allgemeine Armutsgefährdungsquote lag mit 15,1 % klar höher. Die Al-

tersarmut der Frauen hat also langfristig stark zugenommen, wenngleich seit 2013 die Gefährdungsquoten für ältere Frauen wieder leicht abnahmen. Bemerkenswert ist auch der Abstand zwischen den Geschlechtern: Nur 12,6 % der Männer über 65 waren von Armut gefährdet. Der Abstand zwischen den Geschlechtern betrug 4,9 Prozentpunkte. Das liegt an den oft unzureichenden eigenen Rentenansprüchen vieler Frauen, die wiederum auf diskontinuierliche Erwerbsbiografien, vor allem wegen familiärer Verpflichtungen, zurückgehen.

Ein anderer Entwicklungspfad ist bei den Menschen mit Migrationshintergrund und unter diesen vor allem bei den Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, also den Ausländerinnen und Ausländern, erkennbar. Die Armutsgefährdungsquote der Menschen mit Migrationshintergrund lag 2015 bei 30,2 % und damit um 17,5 Prozentpunkte höher als die entsprechende Quote der Menschen ohne Migrationshintergrund. Von 2005 bis 2014 blieb die Quote der Migrantinnen und Migranten zwar sehr hoch, ging aber nahezu stetig zurück bis auf 27,7 %. Die Bemühungen um eine gleichberechtigte Teilhabe und Integration der Zugewanderten zeigten also Erfolge. Die soziale Lage der oft schon lange im Lande lebenden und hier vielfach fest verwurzelten Migrantinnen und Migranten hatte sich insgesamt deutlich verbessert. Erst 2015 stieg die Quote wieder an, was in erster Linie an der starken Zuwanderung von Menschen liegt, die in Deutschland bzw. Niedersachsen Schutz vor Krieg, Verfolgung und Vertreibung suchten. Noch deutlicher wird dies, wenn nur die Ausländerinnen und Ausländer – diese sind eine Teilmenge der Menschen mit Migrationshintergrund, und die Schutzsuchenden besitzen keine deutsche Staatsangehörigkeit – betrachtet werden: Deren Armutsgefährdungsquote lag 2005 bei 43,0 %, 2010 immer noch bei 36,7 % und stieg von 2014 zu 2015 von 36,6 % auf 40,5 %.

## Absolute Zahlen zur Struktur der armutsgefährdeten Bevölkerung

Die Berichterstattung über Armutsgefährdung und Reichtum war bisher immer sehr zurückhaltend, wenn es um Angaben über die absolute Zahl der von Armut bedrohten Menschen ging. Der Grund dafür liegt in der Berechnungsmethodik. Die Basis der Berechnungen sind Zahlen des Mikrozensus über die Bevölkerung in Privathaushalten mit gültigen Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen. Aussagen zur absoluten Zahl der armutsgefährdeten Personen sind auf dieser Basis nicht sinnvoll, da diejenigen Personen, die keine Einkommensangaben gemacht haben, fehlen. Die Zahl der armutsgefährdeten Personen wird deshalb aus der Zahl der Bevölkerung in Privathaushalten und der Armutsgefährdungsquote errechnet. Dieser Berechnung liegt die Annahme zugrunde, dass der Anteil der Einkommensarmen bei den Personen ohne Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen genauso hoch ist, wie bei denen mit gültigen Angaben. Da die Antwortausfälle nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleich hoch sind, kann es bei der Addition der Zahlen der armutsgefährdeten Personen nach Regionen oder soziodemografischen Merkmalen zu Abwei-

T5 | Armutsgefährdungsquoten<sup>1)</sup> für Niedersachsen 2005 bis 2015 nach soziodemografischen Merkmalen  
(Regionalkonzept)

Merkmal	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung		
												2015 / 2005	2015 / 2010	2015 / 2014
												%		
<b>Insgesamt</b>	<b>15,1</b>	<b>14,3</b>	<b>14,7</b>	<b>14,7</b>	<b>14,6</b>	<b>14,5</b>	<b>15,0</b>	<b>15,2</b>	<b>15,8</b>	<b>15,3</b>	<b>15,9</b>	<b>+0,8</b>	<b>+1,4</b>	<b>+0,6</b>
<b>Alter</b>														
Unter 18	20,2	20,1	20,1	20,1	19,9	19,4	19,7	19,9	19,9	19,0	20,8	+0,6	+1,4	+1,8
18 bis unter 25	25,9	22,6	23,3	23,5	22,6	23,8	21,9	23,7	25,6	24,0	24,7	-1,2	+0,9	+0,7
25 bis unter 50	14,1	13,4	13,7	13,8	13,5	13,3	13,4	13,5	14,1	13,6	14,2	+0,1	+0,9	+0,6
50 bis unter 65	10,7	10,0	10,5	10,6	11,0	11,1	11,8	11,6	11,9	11,9	12,3	+1,6	+1,2	+0,4
65 und älter	12,2	11,3	12,1	12,0	12,4	12,2	14,0	14,4	15,4	15,3	15,3	+3,1	+3,1	+0,0
<b>Geschlecht</b>														
Männlich	14,6	13,9	14,1	14,1	14,0	14,0	14,2	14,3	15,0	14,5	15,1	+0,5	+1,1	+0,6
Weiblich	15,7	14,7	15,3	15,3	15,2	15,0	15,8	16,0	16,6	16,0	16,6	+0,9	+1,6	+0,6
<b>Alter und Geschlecht</b>														
<b>Männlich</b>														
18 bis unter 25	24,0	21,3	22,0	21,9	21,3	22,1	21,9	22,5	24,5	23,1	23,4	-0,6	+1,3	+0,3
25 bis unter 50	13,8	13,0	13,2	13,0	12,9	12,8	12,4	12,7	13,5	13,5	13,6	-0,2	+0,8	+0,1
50 bis unter 65	10,6	9,9	10,4	10,7	10,8	11,1	11,5	11,1	11,7	11,5	12,1	+1,5	+1,0	+0,6
65 und älter	10,1	9,7	9,8	9,6	10,0	10,3	11,3	11,5	12,6	12,4	12,6	+2,5	+2,3	+0,2
<b>Weiblich</b>														
18 bis unter 25	27,8	23,9	24,6	25,2	24,1	25,7	22,0	24,9	26,6	24,8	26,0	-1,8	+0,3	+1,2
25 bis unter 50	14,4	13,7	14,2	14,5	14,1	13,8	14,4	14,3	14,7	13,8	14,9	+0,5	+1,1	+1,1
50 bis unter 65	10,8	10,1	10,5	10,5	11,2	11,0	12,1	12,2	12,1	12,3	12,4	+1,6	+1,4	+0,1
65 und älter	13,8	12,6	13,9	13,9	14,3	13,7	16,2	16,6	17,7	17,6	17,5	+3,7	+3,8	-0,1
<b>Haushaltstyp<sup>2)</sup></b>														
Einpersonenhaushalt	22,9	21,0	23,5	23,5	23,3	22,7	24,7	25,5	26,5	25,4	25,8	+2,9	+3,1	+0,4
Zwei Erwachsene ohne Kind	8,7	7,6	7,8	7,4	7,8	8,0	8,6	8,4	8,9	9,1	9,0	+0,3	+1,0	-0,1
Sonstiger Haushalt ohne Kind	9,7	8,5	7,9	8,1	7,7	8,7	7,4	8,2	9,0	9,3	9,2	-0,5	+0,5	-0,1
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	37,5	38,5	40,6	42,3	41,5	39,9	44,2	44,0	42,3	41,6	46,6	+9,1	+6,7	+5,0
Zwei Erwachsene und ein Kind	9,9	10,2	9,7	10,3	10,3	9,0	9,3	8,9	9,5	8,6	9,5	-0,4	+0,5	+0,9
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	11,8	11,4	11,2	9,7	9,8	9,7	9,8	9,4	10,2	10,1	11,7	-0,1	+2,0	+1,6
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	29,1	29,4	29,2	28,4	24,7	26,7	25,6	26,9	27,0	25,1	26,1	-3,0	-0,6	+1,0
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	20,3	17,2	17,6	18,9	20,6	19,3	18,3	19,8	20,7	20,3	20,2	-0,1	+0,9	-0,1
<b>Erwerbsstatus<sup>3)</sup></b>														
Erwerbstätige	7,0	6,6	6,9	7,2	7,2	7,4	7,4	7,5	8,0	7,2	7,5	+0,5	+0,1	+0,3
Selbständige (einschl. mithelfende Familienang.)	9,0	7,8	7,4	8,5	8,0	8,4	8,4	8,8	9,1	8,5	9,2	+0,2	+0,8	+0,7
Abhängig Erwerbstätige	6,7	6,5	6,9	7,0	7,1	7,3	7,3	7,3	7,8	7,0	7,3	+0,6	+0,0	+0,3
Erwerbslose	49,3	47,0	55,8	56,2	52,9	52,3	56,4	57,8	56,8	57,0	58,5	+9,2	+6,2	+1,5
Nichterwerbspersonen	18,5	17,8	18,4	18,6	18,8	18,7	20,0	20,6	21,5	21,4	22,4	+3,9	+3,7	+1,0
Rentner/-innen u. Pensionäre/Pensionärinnen <sup>4)</sup>	11,2	10,5	11,4	11,5	12,0	12,2	14,1	14,6	15,8	15,9	16,4	+5,2	+4,2	+0,5
Personen im Alter von unter 18 Jahren	20,3	20,3	20,2	20,2	20,0	19,5	19,8	20,0	20,1	19,1	21,0	+0,7	+1,5	+1,9
Sonstige Nichterwerbspersonen	29,3	28,2	30,0	31,1	31,9	32,1	34,5	36,3	38,2	38,6	39,5	+10,2	+7,4	+0,9
<b>Qualifikationsniveau<sup>5)</sup> der Person mit dem höchsten Einkommen i. Haushalt (Haupteinkommensbezieher)</b>														
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	34,4	32,4	34,9	35,9	36,0	35,7	38,3	40,1	42,4	41,0	41,6	+7,2	+5,9	+0,6
Mittel (ISCED 3 und 4)	12,7	12,3	12,9	12,9	12,8	12,8	13,5	13,4	14,1	13,6	14,2	+1,5	+1,4	+0,6
Hoch (ISCED 5 und 6)	4,7	4,8	4,2	4,4	4,3	4,7	4,8	5,1	5,2	5,3	5,3	+0,6	+0,6	+0,0
<b>Qualifikationsniveau<sup>5)</sup> (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)</b>														
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	24,9	23,2	24,6	25,4	26,0	26,2	28,7	30,0	31,5	31,9	31,9	+7,0	+5,7	+0,0
Mittel (ISCED 3 und 4)	9,8	9,5	10,1	10,1	10,2	10,1	11,0	10,8	11,5	11,1	11,5	+1,7	+1,4	+0,4
Hoch (ISCED 5 und 6)	5,2	5,1	5,0	5,2	5,1	5,0	5,1	5,2	5,5	5,3	5,5	+0,3	+0,5	+0,2
<b>Staatsangehörigkeit</b>														
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	43,0	41,9	40,3	40,0	37,9	36,7	35,4	36,5	36,0	36,6	40,5	-2,5	+3,8	+3,9
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	13,1	12,3	12,8	12,9	13,0	12,9	13,8	13,9	14,5	13,8	14,0	+0,9	+1,1	+0,2
<b>Migrationshintergrund<sup>6)</sup></b>														
Mit Migrationshintergrund	33,2	32,1	32,2	31,3	29,7	29,1	28,5	28,7	28,5	27,7	30,2	-3,0	+1,1	+2,5
Ohne Migrationshintergrund	11,7	10,9	11,3	11,4	11,5	11,5	12,3	12,4	13,0	12,6	12,7	+1,0	+1,2	+0,1

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2) Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.

3) Nach dem "Labour-Force-Konzept" der International Labour Organization (ILO).

4) Personen mit Bezug einer eigenen (Versicherten-) Rente, Pension und Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit Bezug einer Hinterbliebenenrente, -pension.

5) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der nationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt. Geringqualifizierte: maximal ISCED Stufe 2, Qualifizierte: ISCED Stufen 3 oder 4, Hochqualifizierte: ISCED Stufe 5 oder höher.

6) Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Berechnung: IT.NRW.

**T6 | Zahl der armutsgefährdeten Personen in Niedersachsen 2011 bis 2015 nach soziodemografischen Merkmalen**

Merkmal	Auf Basis des regionalen Medians					Veränderung 2015 / 2011
	2011	2012	2013	2014	2015	
	1 000					
<b>Insgesamt</b>	<b>1 153</b>	<b>1 167</b>	<b>1 215</b>	<b>1 179</b>	<b>1 233</b>	<b>+80</b>
<b>Alter</b>						
Unter 18	266	266	261	246	267	0
18 bis unter 25	136	141	150	142	144	+8
25 bis unter 50	347	347	359	342	359	+12
50 bis unter 65	183	185	194	198	211	+28
65 und älter	221	228	250	252	253	+32
<b>Geschlecht</b>						
Männlich	535	540	565	552	579	+44
Weiblich	618	627	650	627	654	+37
<b>Alter und Geschlecht</b>						
Männlich						
18 bis unter 25	70	70	74	71	71	+1
25 bis unter 50	161	163	173	170	172	+12
50 bis unter 65	89	88	95	95	103	+14
65 und älter	78	80	91	91	95	+16
Weiblich						
18 bis unter 25	66	71	76	71	73	+7
25 bis unter 50	186	184	186	172	186	0
50 bis unter 65	95	97	100	103	108	+14
65 und älter	143	148	160	160	159	+16
<b>Haushaltstyp</b>						
Einpersonenhaushalt	365	377	400	381	402	+37
Zwei Erwachsene ohne Kind	189	186	197	203	200	+11
Sonstiger Haushalt ohne Kind	75	83	93	101	102	+27
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	141	133	127	121	136	-5
Zwei Erwachsene und ein Kind	64	62	66	60	65	+1
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	90	88	93	92	106	+16
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	108	111	110	99	101	-7
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	118	126	126	122	120	+2
<b>Erwerbsstatus</b>						
Erwerbstätige	273	278	300	272	288	+15
Selbstständige (einschl. mithelfende Familienangehörige)	34	36	36	33	35	+1
Abhängig Erwerbstätige	240	243	264	239	254	+14
Erwerbslose	121	110	110	105	99	-21
Nichterwerbspersonen	756	776	801	799	843	+87
Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen <sup>3)</sup>	246	253	278	278	291	+45
Personen im Alter von unter 18 Jahren	261	262	257	242	264	+3
Sonstige Nichterwerbspersonen	251	262	267	279	289	+38
<b>Qualifikationsniveau<sup>4)</sup> der Person mit dem dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher)</b>						
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	447	458	462	451	470	+23
Mittel (ISCED 3 und 4)	608	597	631	622	645	+37
Hoch (ISCED 5 und 6)	95	105	107	97	109	+14
<b>Qualifikationsniveau (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)</b>						
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	314	326	333	337	341	+27
Mittel (ISCED 3 und 4)	375	368	393	390	408	+33
Hoch (ISCED 5 und 6)	61	64	69	61	70	+9
<b>Staatsangehörigkeit</b>						
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	151	162	167	179	219	+68
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	1 002	1 005	1 047	1 000	1 014	+11
<b>Migrationshintergrund</b>						
Mit Migrationshintergrund	361	372	394	374	422	+61
Ohne Migrationshintergrund	791	793	818	803	809	+19

Berechnung: IT.NRW.



chungen von der Gesamtzahl kommen. Es ist in den vergangenen Jahren durch intensive Anstrengungen aber gelungen, die Zahl der Antwortausfälle zum Einkommen stark zu senken. Bundesweit ging die Zahl der Antwortausfälle von 7,7 % im Jahr 2010 auf 2,7 % zurück. In Niedersachsen schrumpfte die Ausfallquote von 5,3 auf nur noch 0,9 %. Darum wird hier erstmals eine Tabelle T6 mit Angaben zur absoluten Zahl der armutsgefährdeten Personen publiziert. Diese Tabelle hat die gleiche Vorspalte wie T5, berichtet also über die gleichen Personengruppen und Lebenslagen. Diese Daten geben weitere Aufschlüsse über Struktur und Entwicklung der Armut. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die folgenden absoluten Zahlen, die der Tabelle T6 entnommen werden können, Mehrfachzählungen enthalten.

Im Jahr 2015 galten in Niedersachsen 1 233 000 Menschen als armutsgefährdet, 80 000 mehr als im Jahr 2011. Unter diesen waren 654 000 Frauen und 579 000 Männer. Nach dem Alter gliedert ergibt sich, dass 267 000 Kinder und Jugendliche als armutsgefährdet gelten müssen. Die Altersarmut trat vor allem bei Frauen auf: 159 000 Frauen, aber nur 95 000 Männer dieser Altersgruppe lebten 2015 unter der Armutsgefährdungsschwelle.

Viele der armutsgefährdeten Menschen lebten allein. So wurden 402 000 Armutsgefährdete, fast ein Drittel der gesamten Armutpopulation, in Einpersonenhaushalten ermittelt. Demgegenüber betrug die Anzahl der von Armut bedrohten Menschen in Haushalten von Alleinerziehenden „nur“ 136 000, 5 000 weniger als 2011. Besonders groß mit 289 000 Personen, 38 000 mehr als 2011, ist auch die heterogene Gruppe der „sonstigen Nichterwerbspersonen“, zu denen u. a. nicht erwerbsfähige Schwerbehinderte gehören.

Die Armutsgefährdungsquote für Erwerbslose war 2015 mit 58,5 % zwar außerordentlich hoch. Deren absolute Zahl betrug aber „nur“ 99 000, 21 000 weniger als 2011.

Quantitativ bedeutsamer war die Gruppe der 288 000 Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit unter der Armutsgefährdungsschwelle lebten. Die Zahl dieser Personengruppe, die auch als „working poor“ bezeichnet wird, stieg seit 2011 um 15 000.

Eine der quantitativ größten Gruppen unter den Armutsgefährdeten war die der Menschen in Haushalten von Geringqualifizierten mit 470 000. Sie nahm seit 2011 um 23 000 zu.

Die Zahl der armutsgefährdeten Ausländerinnen und Ausländer lag 2015 bei 219 000. Das waren 68 000 mehr als 2011. Von 2014 bis 2015 stieg die Gesamtzahl der Armutsgefährdeten um 55 000. Dieser Anstieg war fast ausschließlich auf den Zuwachs bei den armutsgefährdeten Ausländerinnen und Ausländern von 41 000 im Vorjahresvergleich zurückzuführen.

### Reichtumsquote bei 7,4 %

Analog zur Armutsgefährdungsquote von 60 % des Medianeinkommens wird die Reichtumsquote berechnet, die bei 200 % angesiedelt ist. Reich ist nach dieser Definition, wer über mehr als das Doppelte des Durchschnitts verfügt. Die Quote sagt also etwas darüber aus, wieviel Prozent der Bevölkerung von ihrem Einkommen (nicht Vermögen!) her als reich oder zumindest wohlhabend betrachtet werden können. Sie sagt aber nichts darüber aus, wie groß der Anteil des Einkommens ist, der auf diese Personengruppe entfällt.

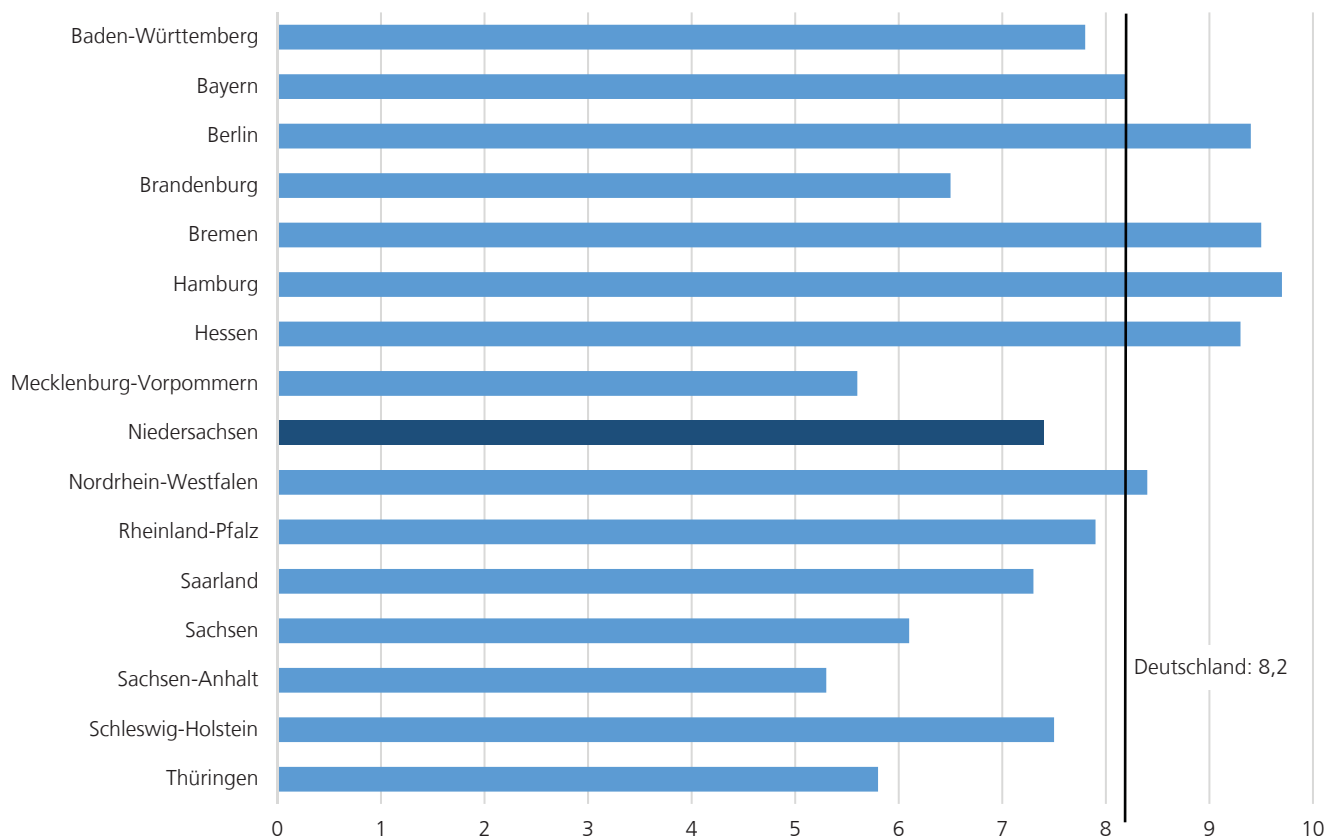
Die Reichtumsquote lag 2015 in Niedersachsen bei 7,4 % (vgl. Tabelle T7 und Abbildung A3) und damit genauso hoch wie 2005, dem Ausgangsjahr der Berechnungen. Seit Beginn der Berechnungen über Armut und Reichtum lag die Reichtumsquote, von geringfügigen Schwankungen nach unten in den Jahren 2007 und 2008 einmal abgese-

T7 | Einkommensreichtumsquoten<sup>1)</sup> 2005 bis 2015 nach Ländern (Regionalkonzept)

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2015 / 2005
	%											Prozentpunkte
Baden-Württemberg	7,3	7,4	7,3	7,3	7,5	7,4	7,5	7,5	7,8	7,6	7,8	+0,5
Bayern	7,9	7,8	8,1	7,9	7,9	7,9	8,0	8,1	8,2	8,3	8,2	+0,3
Berlin	9,2	9,5	9,1	9,2	9,3	9,0	9,2	8,7	9,6	9,6	9,4	+0,2
Brandenburg	6,4	5,9	5,6	5,6	5,8	6,5	7,0	6,9	6,8	6,4	6,5	+0,1
Bremen	9,5	8,7	7,1	7,5	8,3	8,9	9,1	8,8	9,5	9,9	9,5	-0,0
Hamburg	9,1	9,2	9,7	9,8	10,2	10,1	9,8	9,2	9,9	9,9	9,7	+0,6
Hessen	8,5	8,8	8,7	8,7	8,9	8,9	8,8	9,3	9,4	9,1	9,3	+0,8
Mecklenburg-Vorpommern	5,3	5,5	5,3	5,3	5,5	6,1	5,5	5,7	5,6	5,3	5,6	+0,3
<b>Niedersachsen</b>	<b>7,4</b>	<b>7,4</b>	<b>7,0</b>	<b>7,1</b>	<b>7,4</b>	<b>7,3</b>	<b>7,3</b>	<b>7,3</b>	<b>7,4</b>	<b>7,3</b>	<b>7,4</b>	<b>-0,0</b>
Nordrhein-Westfalen	8,0	8,1	8,1	8,1	8,2	8,6	8,4	8,4	8,5	8,4	8,4	+0,4
Rheinland-Pfalz	7,3	7,6	7,6	7,9	7,9	8,4	8,2	8,2	8,0	7,8	7,9	+0,6
Saarland	6,8	7,4	7,1	6,5	7,4	6,6	6,6	6,7	7,6	7,4	7,3	+0,5
Sachsen	4,3	4,7	4,4	4,4	4,9	5,3	5,4	5,9	6,1	6,2	6,1	+1,8
Sachsen-Anhalt	4,9	4,8	4,6	4,5	5,3	5,2	5,2	5,3	6,3	5,7	5,3	+0,4
Schleswig-Holstein	7,2	6,6	6,8	7,5	7,3	7,8	7,1	7,2	7,3	7,4	7,5	+0,3
Thüringen	4,4	3,9	4,1	4,6	4,9	5,2	5,5	5,9	5,8	5,5	5,8	+1,4
<b>Deutschland</b>	<b>7,7</b>	<b>7,8</b>	<b>7,7</b>	<b>7,7</b>	<b>7,8</b>	<b>8,1</b>	<b>8,1</b>	<b>8,1</b>	<b>8,2</b>	<b>8,2</b>	<b>8,2</b>	<b>+0,5</b>

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet. – Berechnung: IT.NRW.

### A3 Einkommensreichumsquoten 2015 nach Ländern (Regionalkonzept) – Prozent –



hen, immer bei 7,4 % oder 7,3 %. Legt man die etwas höheren bundesdeutschen Schwellenwerte zugrunde, lag die niedersächsische Reichtumsquote 2015 bei 7,0 %. Beide Zahlen bzw. Berechnungsmethoden besagen, dass der Anteil reicher Personen in Niedersachsen relativ gering ist. In absoluten Zahlen konnten auf Basis der regionalen Schwellenwerte ca. 562 000 Menschen aus Niedersachsen als reich gelten.

Bundesweit lag die Reichtumsquote 2015 bei 8,2 %, wobei im nationalen Maßstab eine leichte langfristige Zunahme um 0,5 Prozentpunkte im Vergleich zu 7,7 % im Jahr 2005 festzustellen ist. Besonders in den ostdeutschen Flächenländern gibt es einen klaren langfristigen Trend zur Zunahme der Reichtumsquote. Trotzdem ist in Ostdeutschland die Reichtumsquote weiterhin deutlich niedriger als im Westen. Die höchsten Quoten von über 9 % gab es in den Stadtstaaten Hamburg (9,7 %), Bremen (9,5 %) und Berlin (9,4 %) sowie in Hessen (9,3 %).

#### Relativ hohe Armutsgefährdung im Osten Niedersachsens

Die Regionen des Landes sind unterschiedlich von Armut bzw. Armutsgefährdung betroffen. Dabei fallen, wie Tabelle T8 zeigt, vor allem Ost-West- sowie Stadt-Land-Strukturen auf.

Auf der Ebene der vier Statistischen Regionen des Landes ist zunächst die vergleichsweise niedrige Quote von 14,4 %

im westlich gelegenen Weser-Ems bemerkenswert. Damit kontrastiert der deutlich höhere Wert von 17,4 % in der östlichen Statistischen Region Braunschweig. Die Werte der Statistischen Regionen Lüneburg (15,1 %) und Hannover (16,8 %) lagen wie in den Vorjahren dazwischen.

Differenzierter ist das Bild der elf regionalen Anpassungsschichten des Mikrozensus. Diese bestehen zumeist aus mehreren Landkreisen bzw. kreisfreien Städten; eine Ausnahme stellt die Region Hannover dar, die aufgrund ihrer Größe in zwei Anpassungsschichten, die Landeshauptstadt und ihr Umland, zergliedert wird.

Vergleichsweise hohe Gefährdungsquoten wurden 2015 für die Landeshauptstadt Hannover mit 20,0 % sowie ihr ebenfalls überwiegend städtisch geprägtes Umland mit 17,2 % ermittelt. Die ebenfalls stark großstädtisch geprägte Anpassungsschicht Ostniedersachsen, zu der u. a. die kreisfreien Städte Braunschweig und Salzgitter gehören, hatte eine Quote von 17,5 %, und im vom sektoralen und demografischen Strukturwandel stark betroffenen Südniedersachsen lag die Quote bei 17,1 %. Umgekehrt wies die ländlich geprägte Anpassungsschicht Westniedersachsen die landesweit niedrigste Quote von nur 13,7 % auf.

Zeitliche Vergleiche, insbesondere zum Vorjahr, sind aufgrund des mathematisch bedingten Stichprobenfehlers auf dieser kleinräumigen Regionalebene nur eingeschränkt sinnvoll. So können im Vergleich von zwei Werten, die beide schwankungsanfällig sind, hohe nicht erklärbare Veränderungen erzeugt werden, die in der Realität keine Entspre-

**T8 | Armutsgefährdungsquoten<sup>1)</sup> 2008 bis 2015 nach Anpassungsschichten und Statistischen Regionen (Regionalkonzept)**

Anpassungsschicht / Statistische Region		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung Durchschnitt 2013 bis 2015 / Durchschnitt 2008 bis 2012
		%								Prozent- punkte
Ostniedersachsen	LK Gifhorn, LK Helmstedt, LK Peine, LK Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, KS Wolfsburg	13,8	15,0	15,8	15,5	16,6	18,1	18,1	17,5	+2,6
Südniedersachsen	LK Göttingen, LK Goslar, LK Osterode am Harz, LK Northeim	16,0	13,2	15,5	16,9	17,3	17,5	16,4	17,1	+1,2
<b>Statistische Region Braunschweig</b>		<b>14,8</b>	<b>14,7</b>	<b>15,7</b>	<b>16,1</b>	<b>16,9</b>	<b>17,9</b>	<b>17,5</b>	<b>17,4</b>	<b>+2,0</b>
Hannover, Lhst.	Landeshauptstadt Hannover	19,8	20,2	19,6	20,2	18,9	17,1	17,4	20,0	-1,6
Hannover, Umland	Umland Hannover	15,5	15,7	14,5	14,5	15,0	14,9	14,6	17,2	+0,5
Weser-Leine-Bergland	LK Hameln-Pyrmont, LK Hildesheim, LK Holzminden	13,2	14,6	15,6	14,5	13,3	15,1	14,4	13,8	+0,2
Mittelniedersachsen	LK Diepholz, LK Nienburg (Weser), LK Schaumburg	14,7	15,9	14,4	15,1	13,4	15,3	15,0	14,7	+0,3
<b>Statistische Region Hannover</b>		<b>16,2</b>	<b>16,8</b>	<b>16,4</b>	<b>16,2</b>	<b>15,6</b>	<b>16,2</b>	<b>15,8</b>	<b>16,8</b>	<b>+0,0</b>
Nordniedersachsen	LK Cuxhaven, LK Harburg, LK Osterholz, LK Rotenburg (Wümme), LK Stade	14,0	13,6	12,8	14,4	14,2	14,0	14,0	14,9	+0,5
Nordostniedersachsen	LK Celle, LK Lüchow-Dannenberg, LK Lüneburg, LK Heidekreis, LK Uelzen, LK Verden	15,5	13,9	14,6	15,0	15,6	17,1	15,7	15,4	+1,1
<b>Statistische Region Lüneburg</b>		<b>14,2</b>	<b>13,6</b>	<b>13,6</b>	<b>14,7</b>	<b>14,9</b>	<b>15,5</b>	<b>14,9</b>	<b>15,1</b>	<b>+1,0</b>
Ostfriesland-Nordseeküste	LK Aurich, LK Friesland, LK Leer, LK Wesermarsch, LK Wittmund, KS Emden, KS Wilhelmshaven	14,1	12,8	12,8	12,8	14,6	14,3	15,1	14,9	+1,3
Oldenburger Raum	LK Ammerland, LK Cloppenburg, LK Oldenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg	12,7	12,8	12,7	13,5	13,4	15,5	14,6	14,9	+2,0
Westniedersachsen	LK Emsland, LK Grafschaft Bentheim, LK Osnabrück, LK Vechta, KS Osnabrück	13,7	13,1	12,0	13,0	12,4	13,1	12,7	13,7	+0,3
<b>Statistische Region Weser-Ems</b>		<b>13,6</b>	<b>13,0</b>	<b>12,5</b>	<b>13,2</b>	<b>13,4</b>	<b>14,1</b>	<b>13,8</b>	<b>14,4</b>	<b>+1,0</b>

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des jeweiligen regionalen Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet. Berechnung: IT.NRW.

chung finden. Darum wurde hier nicht der aktuelle Wert, der von zufälligen Ausschlägen nach oben oder unten betroffen sein kann, sondern der erheblich stabilere Durchschnitt der Jahreswerte von 2013 bis 2015 mit dem Durchschnitt der Jahre von 2008 bis 2012 verglichen. Dabei ergaben sich vor allem folgende Ergebnisse: In der Landeshauptstadt Hannover ging die Armutsgefährdung gegen den allgemeinen Trend um 1,6 Prozentpunkte zurück. Nur sehr geringe Zuwächse gab es in Westniedersachsen und Mittelniedersachsen (jeweils +0,3 Prozentpunkte) sowie im Weser-Leine-Bergland (+0,2 Prozentpunkte). Starke Zunahmen von 2,6 Prozentpunkten waren in Ostniedersachsen sowie im Oldenburger Raum zu verzeichnen. Auf Ebene der Statistischen Regionen gab es relativ starke Zuwächse in der Statistischen Region Braunschweig (+2,0 Prozentpunkte) und moderate Zuwächse von +1,0 Prozentpunkten in Weser-Ems und Lüneburg. In der Statistischen Region Hannover blieb die Quote stabil.

**Vergleich der Großstädte in Deutschland**

Die Tabellen T9 und T10 zeigen die Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten auf Basis des jeweiligen regionalen

Medians (T9) sowie eine Gegenüberstellung der Quoten 2015 des regionalen und des Bundesmedians (T10) der 15 größten Städte Deutschlands. Unter diesen befinden sich die Landeshauptstadt Hannover sowie die an Niedersachsen angrenzenden Großstädte Hamburg und Bremen. Die Tabelle T10 enthält zusätzlich ergänzende Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) über das Budget und die Kosten der Unterkunft von Haushalten der SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger.

Sehr hohe Armutsgefährdung mit Quoten von 20 % und mehr gab es 2015 außer in Hannover (20,0 %) in Düsseldorf (20,0 %), Stuttgart (20,5 %) und Nürnberg (20,6 %) (vgl. T9). Auch Köln, Dortmund, Essen, Hamburg und München hatten mit Quoten zwischen 19 % und 20 % vergleichsweise hohe Werte. Zumindest im Vergleich der Großstädte niedrige Armutsquoten von weniger als 17 % gab es in den ostdeutschen Städten Berlin (15,3 %), Dresden (16,5 %) und Leipzig (16,9 %).

Interessante Aufschlüsse gibt der zeitliche Vergleich. Analog zum Vorgehen bei der Tabelle T8 wurde hier der Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2015 mit dem der Jahre 2008

## T9 | Armutsgefährdungsquoten<sup>1)</sup> ausgewählter deutscher Großstädte 2005 bis 2015

Städte der Bundesrepublik	Auf Basis des Medians der jeweiligen Großstadt											Veränderung Durchschnitt 2013 bis 2015 / Durchschnitt 2008 bis 2012
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
	%											
Berlin	16,1	13,3	13,9	14,3	14,1	14,2	15,5	15,2	15,0	14,1	15,3	+0,1
Bremen	17,3	13,3	14,6	18,1	16,7	17,1	17,3	17,8	18,3	17,0	17,9	+0,3
Dortmund	15,9	14,8	14,3	17,1	17,7	17,9	18,0	15,2	14,0	15,5	19,0	-1,0
Dresden	18,4	16,8	18,3	17,1	16,3	16,6	15,9	16,2	16,0	15,4	16,5	-0,5
Duisburg	13,6	13,7	16,4	13,8	14,4	13,9	14,2	14,1	13,9	14,8	17,9	+1,5
Düsseldorf	16,9	17,8	16,8	16,2	16,5	18,6	20,5	19,7	18,2	20,5	20,0	+1,3
Essen	17,6	14,0	14,4	17,7	17,4	17,5	19,1	18,6	19,4	18,7	19,2	+1,0
Frankfurt am Main	17,9	17,7	16,7	17,8	18,1	17,6	19,5	20,3	19,0	17,9	18,2	-0,3
Hamburg	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4	17,9	17,6	18,7	18,0	19,0	+1,2
<b>Hannover</b>	<b>19,7</b>	<b>17,9</b>	<b>18,6</b>	<b>19,8</b>	<b>20,2</b>	<b>19,6</b>	<b>20,2</b>	<b>18,9</b>	<b>17,1</b>	<b>17,4</b>	<b>20,0</b>	<b>-1,6</b>
Köln	18,1	15,5	16,9	18,3	18,9	17,3	18,9	19,2	19,5	20,6	19,6	+1,4
Leipzig	16,7	16,1	16,7	18,3	19,1	15,9	15,8	16,0	16,8	15,3	16,9	-0,7
München	17,6	17,2	18,4	17,7	17,6	18,0	18,5	18,4	18,0	18,1	19,1	+0,4
Nürnberg	17,7	16,6	17,4	16,8	16,4	17,9	18,0	17,3	17,9	19,3	20,6	+2,0
Stuttgart	16,8	15,6	17,2	17,7	19,5	18,6	20,7	19,3	20,4	21,2	20,5	+1,5

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des jeweiligen regionalen Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet. Berechnung: IT.NRW.

bis 2012 verglichen. Rückgänge gab es in fünf Großstädten, und zwar in Hannover (-1,6 Prozentpunkte), Dortmund (-1,0 Prozentpunkte), Leipzig (-0,7 Prozentpunkte), Dresden (-0,5 Prozentpunkte) und Frankfurt am Main (-0,3 Prozentpunkte). Zuwächse von einem Prozentpunkt und mehr gab es in Nürnberg, Duisburg, Stuttgart, Köln, Düsseldorf, Hamburg und Essen, in den anderen Städten gab es Steigerungen von weniger als einem Prozentpunkt.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn statt des jeweiligen regionalen Medianeinkommens („Regionalkonzept“) der bundesweite Median und damit eine bundesweit einheitliche Armutsgefährdungsschwelle („Nationalkonzept“) zugrunde gelegt wird. Tabelle T10 stellt die Daten für 2015 nach beiden Berechnungsmethoden gegenüber. Gemessen an der bundeseinheitlichen Armutsgefährdungsschwelle gab es 2015 die geringste Armutsgefährdung mit nur 9,6 % in München. Der höchste Wert wurde für Duisburg mit 26,6 % ermittelt. Neun von 15 Großstädten wiesen Quoten von über 20 % oder mehr auf. In Düsseldorf, München, Stuttgart, Frankfurt und Hamburg lag die nach dem Regionalkonzept ermittelte Quote höher als die sich nach dem Nationalkonzept ergebende, in Köln lagen beide Quoten auf gleicher Höhe.

Zur Interpretation dieser Zahlen wurde eine externe Datenquelle herangezogen, nämlich die Statistik der BA für Arbeit über die tatsächlich angefallenen Kosten der Unterkunft und Heizung der SGB II-Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2015 sowie deren Haushaltsbudget. Für die regionsangehörige Landeshauptstadt Hannover hat die BA keine Daten publiziert; ersatzweise wurden die Daten für die Region Hannover insgesamt genommen.

Die Zahlen über die Höhe der Kosten für Unterkunft und Heizung zeigen die Kehrseite der oft hohen Einkünfte in den boomenden Metropolen, denn der Euro hat nicht über-

all in Deutschland die gleiche Kaufkraft: In München, Stuttgart, Frankfurt am Main und Köln liegen die Kosten für Unterkunft und Heizung zum Teil deutlich über 500 Euro monatlich. In den sächsischen Großstädten Leipzig und Dresden liegen die Kosten deutlich unter 400 Euro, in den anderen Städten zwischen 400 und 500 Euro. Die verschie-

## T10 | Armutsgefährdungsquoten ausgewählter deutscher Großstädte 2015 sowie Kosten für Unterkunft und Heizung im Dezember 2015 und Haushaltsbudget von SGB II-Empfängerinnen und Empfängern

Städte der Bundesrepublik	Armutsgefährdungsquote 2015		Kosten der Unterkunft im Dezember 2015 <sup>1)</sup>	Haushaltsbudget <sup>1)</sup> im Dezember 2015
	Regionalmedian	Nationalmedian		
	%		€	
Berlin	15,3	22,4	471	1 175
Bremen	17,9	23,1	460	1 163
Dortmund	19,0	25,7	450	1 168
Dresden	16,5	20,0	383	1 035
Duisburg	17,9	26,6	409	1 132
Düsseldorf	20,0	18,3	491	1 180
Essen	19,2	21,0	455	1 160
Frankfurt am Main	18,2	14,2	546	1 250
Hamburg	19,0	15,7	495	1 176
<b>Hannover</b>	<b>20,0</b>	<b>22,3</b>	<b>451</b>	<b>1 176</b>
Köln	19,6	19,6	503	1 209
Leipzig	16,9	25,1	328	1 012
München	19,1	9,6	598	1 288
Nürnberg	20,6	22,3	451	1 158
Stuttgart	20,5	14,8	553	1 280

1) Kosten für Unterkunft und Heizung sowie Haushaltsbudget der Regelleistungs-Bedarfsgemeinschaften. Die Angaben für Unterkunft und Heizung beziehen sich auf die gesamte Region Hannover. Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

denen Sozialleistungen, u. a. die Mietzuschüsse, gleichen durch höhere Zahlungen die Unterschiede im Mietniveau aus. Daher haben die SGB II-Haushalte Münchens, Stuttgarts, Frankfurts und Kölns deutlich höhere „Haushaltsbudgets“ von über 1 200 Euro als die in den anderen Städten. Die Kosten der Unterkunft und die Höhe der Haushaltsbudgets korrelieren mit  $r = +0,97$  mathematisch nahezu perfekt miteinander. Die unterschiedliche Höhe der Mietzuschüsse führt statistisch dazu, dass erheblich mehr Haushalten in München, Stuttgart, Frankfurt und Köln über die bundesweit einheitliche Armutsgefährdungsschwelle geholfen wird als in Dresden und Leipzig, aber auch in Hannover, Bremen und den anderen genannten Großstädten. Zugleich tritt für alle Menschen, auch z. B. für Erwerbstätige oder Rentnerinnen und Rentner, der Effekt auf, dass

die höheren Einkünfte in München etc. zum großen Teil durch höhere Lebenshaltungskosten – dies betrifft vor allem, aber durchaus nicht nur die Mieten – aufgebraucht werden. Dies alles beeinträchtigt die Aussagekraft der nach dem Nationalkonzept ermittelten Daten zumindest für einige Metropolen Deutschlands.

Bei simultaner Betrachtung beider Quoten mit ihrem jeweiligen spezifischen Blickwinkel stellt sich heraus, dass Dresden und Frankfurt am Main insofern positiv herausstechen, dass in diesen beiden Städten die Quoten nach beiden Berechnungsverfahren im Großstädtevergleich unterdurchschnittlich sind. In der Landeshauptstadt Hannover, Nürnberg, Dortmund und Essen liegen demgegenüber aber beide Quoten über dem Durchschnitt der Großstädte.